

- Demuth, Christian (2015): Pegida und Verschwörungen. In: Berliner Republik 3/2015. Berlin.
- Demuth, Christian (2015): Demokratie ist keine Komfortzone. In: Frankfurter Heft 12/2015. Berlin. S. 15-17.
- Neugebauer, Gero (2007): Politische Milieus in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Berlin.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft. Bielefeld.
- Goodhart, David (2015): „Postliberalismus“ oder ein Plädoyer für einen populären Liberalismus. Friedrich-Ebert-Stiftung. Internationale Politikanalyse (Hrsg.): Monitor Soziale Demokratie. Berlin.
- Kalina, Andreas (2014): Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung. Konrad-Adenauer-Stiftung(Hrsg.), Handreichung zur Politischen Bildung, Band 4 Deutschland. Berlin.
- Klein, Anna/Küpper, Beate/Zick, Andreas (2009): Erniedrigte und Feindselige. Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 7. Frankfurt/M., S. 93-112.
- Misik, Robert (2015): Progressive Gegenstrategien gegen den Populismus. In: Hillebrand, Ernst (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa. Bonn, S. 166-172.
- Müller, Jan-Uwe (2016): Was ist Populismus. Frankfurt/M.
- Patzelt, Werner J. (2015): Was wurde aus Pegida. Dresden.
- Patzelt, Werner J. (2016): Was ist Pegida. In: Klose, Joachim (Hrsg.): Pegida. Warnsignale aus Dresden. Dresden, S. 28.
- Rehberg, Karl-Stegbert (2016): PEGIDA. Erfolge als Spiegelung eines Gesellschaftszusammenbruchs. In: Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino (Hrsg.): PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung. Analysen im Überblick. Dresden.
- Reuband, Karl-Heinz (2015): Wer demonstriert in Dresden für Pegida. In: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, 21/2015, S.133-143.
- Schietke, Anna-Maria (2015): Herbst in Dresden. Pegida im Spiegel ihrer Sprache. www.sehnsuchtsort.de/herbst-in-dresden-pegida-im-spiegel-ihrer-sprache.
- Stöss, Richard (2007): Die „neue Rechte“ in der Bundesrepublik. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Berlin.

Barbara Menke

Politische Bildung in Zeiten von Pegida

Zum nachhaltigen Schutz der Grund- und Menschenrechte im Rahmen der parlamentarischen repräsentativen Demokratie

Herausforderungen

Ein Gespenst geht um in Europa: Demokratieskepsis, ja Demokratievertachtung macht sich breit. Postdemokratische, autoritär-aggressive Regierungen haben im Osten und Südosten des Kontinents die politische Macht gewonnen, starke rechtspopulistische oder rechtsradikale Bewegungen im Norden und Westen Europas bedrohen den innenpolitischen Frieden und den Demokratiekonsens in ihren jeweiligen Ländern.

Pegida, die sogenannten „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, und vor allem die AfD, die „Alternative für Deutschland“, erhalten in der Bundesrepublik immer mehr Zulauf, stark beschleunigt durch die kriegs-, vertreibungs- und arbeitsbedingte Flucht nach Europa und vor allem nach Deutschland.

In bisher nicht bekannter Weise wird hierzulande die parlamentarische, repräsentative Demokratie, werden ihre Prinzipien der Gewaltenteilung, der Toleranz, der Pluralität und der Grund- und Menschenrechte, und hier vor allem das Asylrecht, in Frage gestellt. All das sei zunehmend ‚volksfremd‘ geworden, träfe nicht mehr die ‚wahren‘ Interessen der Bevölkerung, zu deren authentischen Fürsprechern sich Pegida und AfD machen (Decker 2015).

Keine gute Ausgangslage für die Demokratie als Staats- und Lebensform, die von der überwältigenden Mehrheit der Bundesdeutschen über lange Jahrzehnte für selbstverständlich und konkurrenzlos gehalten wurde. Das könnte, so fragwürdig dies auf den ersten Blick auch scheinen mag, die Stunde der politischen Bildung, vor allem der institutionell verfassten,

pluralen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung werden, nicht zuletzt weil sie über eine große Reichweite verfügt und über ihre Trägerorganisationen gesellschaftsübergreifend verankert ist – sowohl im ländlichen als auch im kommunalen Umfeld, in Kirchen, Gewerkschaften, Parteien sowie in der freien Bildungsszene.

Voraussetzung dafür, dass diese Reichweitenqualität auch genutzt werden kann, ist allerdings, dass die politische Bildung an ihre „historische Aufgabe“ bewusst wieder anknüpft, nämlich „Teil des Demokratisierungsprozesses der Gesellschaft zu sein“ (Bremer/Trumann 2013). Diese „historische Aufgabe“ war der politischen Bildung unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst von den Alliierten (Hufer

Die historischen Linien der politischen Bildung

2016) und dann – nach einer längeren Phase des kollektiven Beschweigens der damals jüngsten deutschen Vergangenheit – von den demokratischen Kräften der jungen Bundesrepublik gestellt worden. Sie erwuchs aus der seit den 1960er Jahren zunehmend (selbst)kritischen, politisch-historischen Beschäftigung mit der Weimarer Republik und ihrem unruhlichen Ende, das nicht nur durch den Ansturm antidemokratischer Kräfte, vor allem der Nationalsozialisten, sondern auch durch die Selbstpreisgabe vormals demokratischer Parteien herbeigeführt worden war. Selbst die deutschen Sozialdemokraten als die entschiedensten Verteidiger der Republik betrachteten die demokratische Staatsform und ihre stetige Verbesserung nicht als Endziel ihrer politischen Anstrengungen, sondern lediglich als Zwischenziel zum Sozialismus (Mommson 1974). Die Beseitigung der Weimarer Demokratie als Staatsform war dann die zentrale Voraussetzung für die unglaublich rasche, unglaublich gewaltsame und menschen(rechts)verachtende Beseitigung der Demokratie als Lebensform und gleichzeitig der Ausgangspunkt für den Prozess der Diffamierung, Entrechtung, Ausbeutung, Verfolgung und Vernichtung zunächst der deutschen, dann der europäischen Juden.

Die politische Bildung der 1970er und 1980er Jahre hat mit Blick auf die Zerschlagung der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft diesen direkten und unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Stabilität, respektive der Fragilität der demokratischen Staatsordnung auf der einen und der Sicherheit, resp. der Gefährdung der Demokratie als Lebensform auf der anderen Seite, also der Entwicklung einer lebendigen, toleranten, weltoffenen Zivilgesellschaft bzw. des Schutzes

von Menschenwürde und Menschenrechten, stets und ausdrücklich betont (Landeszentrale für politische Bildung NRW 1988).

Vom ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau stammt der Satz, dass wir ohne innere Heimat keine Reisen unternehmen können oder sollen: Die Erkenntnis, dass Demokratie als Staatsform und Demokratie als Lebensform wie kommunizierende Röhren eng aufeinander bezogen sind, wäre damit so etwas wie das Kernelement dieser ‚inneren Heimat‘ der demokratischen politischen Bildung in Deutschland und damit auch die Substanz der oben zitierten „historischen Aufgabe“, die in den ‚ruhigen‘ Jahren der Bundesrepublik hinter anderen zurückgetreten war, an die es sich in der gegenwärtigen Situation aber wieder stärker zu erinnern gilt.

Denn in unserer Gegenwart ist der demokratische Staat in Deutschland vor neue, meist wegen ihres international übergreifenden Charakters national kaum oder gar nicht zu lösende Probleme und Herausforderungen gestellt: Die langjährige Investitions- und Wachstumskrise der globalen Wirtschaft, der auch die Digitalisierung (noch) keinen neuen Schub geben konnte, die Kommunikationsrevolution mit ihren Chancen, aber auch Risiken, die durch die Kriege im Nahen Osten sowie Hunger- und Klimakatastrophen ausgelöstes Fluchtbewegungen, die das vereinte Europa entzweiten, der „hybride“ Krieg an den Rändern der Ukraine, der sich zu einem internationalen Großkonflikt auszuweiten kann, der weltweite islamistische Terror, der das Modell der offenen Gesellschaft bedroht, und nicht zuletzt die ‚Verwandlung‘ der notorischen Aufstiegs-gesellschaft Bundesrepublik in eine „Abstiegsgesellschaft“ mit einer sich ökonomisch und sozialkulturell bedroht fühlenden Mitte (Nachtwey 2016), das sind nur einige der zentralen Stichworte zur aktuellen Situationsbeschreibung. Vor diesem Hintergrund hat der demokratische Staat, haben demokratische Parteien mit immer offenkundiger werdenden Akzeptanz- und Legitimationsproblemen zu kämpfen. Ausdruck dessen sind u. a.:

- das Anwachsen rechtspopulistischer Stimmungen aus der Mitte der Gesellschaft und die starke Zunahme gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die ebenso wie ein Teil der ehemals ‚linken‘ Hartz-IV-Protestbewegungen von Pegida und AfD aufgesogen werden und diese zu kampnfähigen sozialen Bewegungen machen;
- die damit einhergehende wachsenden Sympathie für postdemokratisch

Was ist die innere Heimat der politischen Bildung in Zeiten großer Herausforderungen?

- rechtsautoritäre Regime insbesondere bei bestimmten migrantischen Gruppen;
- die starke Zunahme von gewalttätigen Übergriffen auf Flüchtlinge oder Flüchtlingsunterkünfte, wobei die Täter längst nicht immer einem rechtsextremistischen Umfeld entstammen;
- die endemische Ausbreitung digitaler Hasstiraden, Gewaltaufrufe und Verschwörungstheorien;
- die bemerkenswerten Wahlerfolge der AfD (zunächst noch) bei Kommunal- und Landtagswahlen, obgleich die Partei von öffentlich ausgetragenen Personalproblemen und Flügelkämpfen fast zerrissen wird;
- (aber auch) die Abkoppelung einer ‚Zivilgesellschaft‘ sprachmächtiger Eliten (Walter 2013), die ihre Gruppeninteressen als Gemeinwohl dienen (zum Beispiel die Hamburger Schulproteste im Jahr 2012).

Möglichkeiten, Grenzen in der politischen Bildung

Politische Bildung ist vor diesem Hintergrund selbstverständlich nicht ‚Akklamationsmaschine‘ der jeweils regierenden Parteien-Konstellationen. Sie muss sich aber – in der aktuellen Lage stärker als früher – als critical friend der parlamentarischen repräsentativen Demokratie verstehen, kritisch dort, wo abgehobene Entscheidungen und vorgeblich alternativlose Sachzwänge die „Resonanzachsen“ zwischen Bürger und Politik zum Verstummen bringen (Rosa 2016), genauso aber als verständliche und verständliche Vermittlerin demokratischer Politik, die wegen zunehmender Komplexität der Erläuterung und Reflexionsgelegenheit (ohne Überwältigungsabsicht) bedarf.

Zeitgemäße politische Bildung hat aber neben dem (wieder sensibleren) Blick auf das demokratische Ganze und seine beteiligungsorientierte Fortentwicklung – erinnert sei an das Bild der kommunizierenden Röhren – stets auch die politische Urteils- und Handlungsfähigkeit des/der Einzelnen, seine/ihre Demokratie-, Partizipations- und Bürgerkompetenz (Weißeno u.a. 2010) oder schlichter ihre/seine politische Mündigkeit im Auge.

Letzteres nicht im individuell-liberalistischen Sinne eines ‚anything goes‘, sondern normativ gerichtet auf die Grund- und Menschenrechte und damit auf einen Universalismus, der von den gleichen Rechten aller Menschen ausgeht. Für die demokratische politische Bildung ist ausgemacht, dass

sich nur auf einer solchen (Werte-)Basis Demokratie als Lebensform, mithin eine lebendige, partizipatorische, egalitär ausgerichtete Zivilgesellschaft als wichtige Voraussetzung für ein gutes und gelingendes Leben der Einzelnen und als ‚resonantes‘ Komplement zur repräsentativen Demokratie entwickeln kann.

Dass dies keine Utopie ist, zeigen die vielen hundert Bürgerinitiativen, die sich gegenwärtig in Deutschland um tausende geflohener und verfolgender Menschen kümmern, damit aktive Menschenrechtspolitik betreiben und ein helles Gegenbild zu den Märschen von Pegida und anderen rechtspopulistischen, fremdenfeindlichen Gruppen zeichnen, die vornehmlich im Dunklen stattfinden. Rechtspopulismus an der politischen Macht, das ist in unserer Gegenwart keine abstrakte Gefahr mehr, sondern bedrückende Realität – schaut man nach Russland, nach Ungarn oder neuerdings auch nach Polen und in die USA. Populismus an der politischen Macht, das heißt konkret, „den Staat vereinnahmen, checks and balances schwächen oder gar ganz ausschalten, Massenklintellismus betreiben und jegliche Opposition in der Zivilgesellschaft oder den Medien zu diskreditieren“ – das alles mit der ausdrücklichen Selbstrechtfertigung, die wirklichen Vertreter des ‚wahren‘ Volkes zu sein, wobei oppositionelle Stimmen, die sich öffentlich wehren, als „Sprachrohr ausländischer Mächte“ diffamiert werden (Müller 2016). Von einem solchen Zustand sind wir zum Glück noch deutlich entfernt. Berlin ist nicht Weimar. Die ganz überwiegende Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung steht fest hinter der freiheitlichen und pluralistischen Demokratie als Staats- und Lebensform, aber die Minderheit derer, die sich in Hass und Wut von diesem Staat und seiner Repräsentation abwenden, ist deutlich größer geworden, vor allem auch die Zahl der Resignierten und/oder Abgehängten, die sich von den etablierten Parteien, Institutionen und Diskursen nicht mehr vertreten fühlen.

Gerade um Letztere muss sich politische Bildung intensiver und auch verständnisvoller kümmern – natürlich ohne die „roten Linien“ zum Verständnis für chauvinistische und fremdenfeindliche Parolen zu überschreiten. Politische Bildung kann insofern mithelfen, den frei gewordenen Raum, in den der Rechtspopulismus in den letzten Jahren eingedrungen ist, zurückerobern. Dabei können aber Parolen nicht mit Gegenparolen beantwortet werden: „Die Wahrheit einer Absicht ist die Tat“, wie es zu Recht

*Politische Bildung auch
für die, die sich von
Demokratie abwenden*

*Politische Bildung als critical
friend der Demokratie*

bei Hegel heißt. Die Wahrheit ist also immer konkret und nur mit konkreter Arbeit kann die politische Bildung bei den Zweiflern und Resignierten Glaubwürdigkeit und Vertrauen für die Demokratie zurückgewinnen.

Von vornherein muss sie dabei aber ihren Tätigkeitsraum erweitern und interdisziplinär mit anderen und neuen Institutionen kooperieren; mit Bürgerinitiativen, Moscheevereinen, Migranten-Selbstorganisations-, Jugendinitiativen, Netzinitiativen.

Erfahrungen aus der Praxis

Politische Bildung muss sich angesichts der Situation, in der Deutschland seit 2015 steht, vermehrt damit beschäftigen, wie die Geflüchteten in unsere Gesellschaft integriert werden können und wie die Aufnahmege-sellschaft mit den Herausforderungen, die damit verbunden sind, umzu-gehen lernt.

ARBEIT UND LEBEN (AL), die Institution, die ich verrete, tut das in ihren Landesverbänden bereits vielfach: So trägt beispielsweise zur Auflösung von Misstrauen, Vorbehalten und Ängsten in der Aufnahme-gesellschaft ein Projekt wie „Das muslimische Berlin“ bei, das von der dortigen Lan-desarbeitsgemeinschaft verantwortet wird und Einblicke in den Alltag von muslimischen Menschen und Gemeinden gewährt.¹

Einheimische und Geflohene lernen sich auch im thüringischen Begegnungs- und Dialogprojekt „Willkommen in Gotha“ besser kennen und verstehen. „Wegweiser-Kurse“ (AL Sachsen) für Asylsuchende in Erstauf-nahmeeinrichtungen und einen deutsch-arabisch-sprachigen Dokumentar-film über das Ankommen in Deutschland haben Geflüchtete und Medien-pädagogen in Bremerhaven erstellt, um damit Einheimischen wie gerade erst Angekommenen die Gewöhnung an- und das Verständnis füreinander zu erleichtern.

Wie man diesseits der „roten Linie“ gegenüber Rechtsextremen auftre-ten und agieren kann, wie man Menschen von diesen menschenfeindlichen Abwegen zurückholen kann, zeigt das Projekt „breit aufgestellt“, das von AL Hamburg verantwortet wird. Dabei handelt es sich um eine mittler-weile bundesweit erfolgreiche Fortbildung für MultiplikatorInnen und Multiplikatoren (Mitarbeitende aus der Sozialarbeit, Schule, Verwaltung, Polizei, Universität, politischen Bildung), zur Rechtsextremismusprävention in der politischen Bildung. Großer Wert wird darin auf das Erfahrungslernen gelegt, das Theorie und Praxis, Reflexion und eigenes aktives Handeln

miteinander verbindet. Mit sogenannten „Praxisprojekten“ setzen die Teilnehmenden das, was sie erfahren haben, bereits im Verlauf der Fortbildung in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern um. Die Fortbildung „breit aufgestellt“ ist ein Element des umfassenden Fortbildungskonzepts „Qualifiziert handeln“, das in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) und drei zentralen Trägern der politischen Bildung in Deutschland umgesetzt wird.²

Begegnung und Dialog, beides gegen Vorurteil und Fremdenhass ge-richtet und für Verständnis und Verständigung werbend, sind das Eine; eine politische Bildung, die, wie oben angemerkt, ihre gewohnten Grenzen überschreitet, muss aber für die Menschen, die bei uns ankommen, auch Beratungsaufgaben im neuen Leben übernehmen

und das heißt immer, Brücken zum Arbeitsmarkt schlagen. ARBEIT UND LEBEN tut dies vielfältig, indem Betriebsräte verschiedener Betriebe aktiv in die Integrationsarbeit einbezogen, indem Erfahrungen, die Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt bereits gemacht haben, reflektiert werden und indem ARBEIT UND LEBEN zusammen mit Partnern vor Ort aktive Hilfe bei der beruflichen Eingliederung leistet: Ein Beispiel dafür, dass politische Bildung weiterbildungsbereichsübergreifend agieren und koope-rieren kann, mit der beruflichen, kulturellen und allgemeinen Bildung, mit der Sozialarbeit, aber auch mit Betrieben und Unternehmen.

Die Menschen, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, stehen direkt oder indirekt im Augenblick ganz oben auf der Agenda der politischen Bildung, aber natürlich muss sie sich immer auch in zeitgemäßer und zugewandter Weise um die Einheimischen kümmern. Das betrifft gerade diejenigen Menschen, vor allem die jungen, die bei uns in Arbeit, Leben und Bildung nicht so gut zurecht kommen. Zur „Arbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen“ hat ARBEIT UND LEBEN ausführliche Handlungsempfeh-lungen entwickelt, in denen Fragen von Wertschätzung und Respekt ge-genüber der Zielgruppe ebenso wie Ausgrenzung durch den Habitus der Lehrenden und Barrieren durch Lehrmaterialien thematisiert werden. Eine Handlungsempfehlung für MultiplikatorInnen und Multiplikatoren in kurzer und verständlicher Form gibt dazu einen Überblick³.

Diese, aber auch alle anderen Jugendlichen sind noch einmal besonders den Entwicklungen in der zunehmend digitalisierten Welt ausgesetzt. Vor allem in der außerschulischen politischen Jugendbildung, aber längst nicht

*Politische Bildung gegen die
„Echokammern“ des
Rechtspopulismus*

teilen gegenüber Asylsuchenden und der Unterstützung dieser Menschen bei der Eingewöhnung in die regionalen, sozialen und kulturellen Lebenswirklichkeiten. „Heimat deine Sterne“ ist ein intergeneratives, filmisch begleitetes Dialog-Projekt, das sich an Menschen unterschiedlichen Alters aus fünf ländlichen Regionen der neuen Bundesländer richtet. Ziel ist es mit den Teilnehmenden über ihre Verbundenheit mit ihrer weitgehend entvölkerten Region und die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Engagements für ihre Heimat in einen Dialog zu kommen, um partizipative Entwicklungen in Hinblick auf eine lebendigere örtliche Zivilgesellschaft anzustoßen, eine Zivilgesellschaft, die sich auch Geflohenen gegenüber öffnet und sich nicht feindselig gegen sie verschließt.

Das Gesagte bezeichnet nur einen kleinen Ausschnitt aus dem großen Katalog der Angebote der politischen Bildung, die sich speziell mit drängenden Zeitfragen auseinandersetzen. ARBEIT UND LEBEN ist dabei auch nur ein Beispiel unter vielen. Viele Träger der politischen Bildung stellen sich diesen Aufgaben und haben entsprechende Maßnahmen und Aktivitäten entwickelt. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass die politische Bildung den oben skizzierten aktuellen Aufgaben und Herausforderungen gewachsen ist.

Die plural verfasste, außerschulische Jugend- und die politische Erwachsenenbildung, die im Bundesausschuss politische Bildung (bap)⁵ repräsentiert ist, besitzt eine stabile ausgebaute Trägerstruktur von insgesamt 24 Trägerorganisationen und erreicht im Jahr ungefähr 800.000 Teilnehmende, was, nebenbei gesagt, zeigt, dass das Interesse an der politischen Bildung eben alles andere als gering ist. Wir können und wollen es noch verstärken. Vor allen Dingen ist es im Augenblick ganz zentral, in all unseren Veranstaltungen Klartext zu reden; *Klartext für den Wert der Demokratie als Staatsform und Klartext für den Wert der Demokratie als Lebensform und nicht zuletzt Klartext für die Menschenrechte und ihren unabdingbaren Schutz.*

Dass diese Elemente der Demokratie, des Grundgesetzes und der respektvollen Achtung der Grund- und Menschenrechte konstitutiv zusammengehören, ist vielen bei uns offenbar nicht mehr richtig bewusst und muss durch politische Bildung kontinuierlich und nah an den Menschen hervorgehoben werden, im Augenblick noch mehr als sonst. Damit versuchen wir als plural verfasste politische Bildung einen Beitrag zur Stabilität

nur dort, muss sich politische Bildung – und tut es auch schon – auf das Feld neuer Kommunikationsformen begeben; sie muss also zugleich *virtuell* und *real* agieren. Politische Bildung muss mit neuen innovativen Projekten Räume erlebbarer, selbstwirksamer Beteiligung schaffen; sie muss aber auch verstärkt mit ihren Angeboten im Netz vertreten sein; muss das Netz ebenfalls als Raum von Beteiligungsmöglichkeiten und neuen demokratischen Ausdrucksformen wahrnehmen und „bespielen“. Auch dort hat der Rechtspopulismus „Echokammern“ der Wut und des Hasses geschaffen, die nicht unwidersprochen weiter wuchern dürfen. Insbesondere die Bundeszentrale für politische Bildung ist auf diesem Feld durch eigene bzw. durch von ihr finanziell unterstützte Projekte aufklärerisch tätig, bspw. in dem Web-Blog „Die Netzdebatte“. Trotzdem bleibt gerade hier noch viel zu tun.

Politische Bildung steht daneben vor der Herausforderung, sich stärker in den Regionen zu verankern, in den ländlichen Räumen, in denen die soziale Infrastruktur immer schwächer und das subjektive Gefühl, abhängt zu sein, immer stärker, immer intensiver wird.

Insofern besteht eine Herausforderung darin, im ländlichen Raum mit spezifischen Aktivitäten präsent zu sein, die demokratisch strukturierte Gemeinschaft erlebbar machen und ein Gegenbild zu den sogenannten „nationalbefreiten Zonen“ der Rechtsextremen anbieten. Methodisch ver schwimmen besonders in diesem Feld die herkömmlichen Lehr- und Lernverhältnisse. Peer-to-peer-Lernen wird dort zu einem zentralen Aspekt wechselseitiger Lehr-Lern-Prozesse. „Brückenmenschen“ mit besonderen lokalen Erfahrungen sind zwingend in die politische Bildungsarbeit einzu beziehen.

Darüber hinaus darf politische Bildung auf diesem Feld nicht auf die potenziell Teilnehmenden warten, die zufällig auf sie zukommen, sie muss vielmehr gezielt auf die Menschen zugehen. Aufsuchende Bildungsarbeit ist hier das geeignete und notwendige Mittel der Wahl; die Kooperation mit Initiativen und Akteuren vor Ort die zentrale Gelingensbedingung. ARBEIT-UND-LEBEN-Projekte wie „Forum 65plus“ und „Heimat deine Sterne“ erfüllen weitgehend diese Bedingungen⁴. Das erstere erschließt im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns die beruflichen und sozialen Kompetenzen von älteren lokalen Akteuren („Brückenmenschen“) mit dem Ziel einer aktiven Auseinandersetzung mit rassistischen und kulturellen Vorur-

Herausforderung Netz in der Jugendbildung

*Es ist auch die Zeit,
Klartext zu reden*

FORUM

unserer Demokratie und zum aktiven Schutz der Menschenrechte zu leisten. Das ist das, was wir als Träger der politischen Bildung in dieser nicht leichten Zeit gerne einbringen wollen. Halt und Weiterentwicklung der Demokratie, Orientierung an Konsensbildung und Gemeinwohl auf der Basis des Grundgesetzes sind dabei die zentralen Aspekte unserer Bildungsarbeit; Sorge um und für ein Land, in dem alle Menschen im Rahmen der grundgesetzlichen Ordnung ohne Angst verschieden sein können: Dafür stehen wir ein. Dafür stehen wir seit Gründung der Bundesrepublik, deren Stabilität und deren Weiterentwicklung auch die politische Bildung mitgetragen hat und in Zukunft mittragen wird.

Anmerkungen

- 1 vgl. www.arbeitundleben.de/newsletter
- 2 vgl. www.bpb.de/qualifiziert-handeln
- 3 vgl. <http://www.arbeitundleben.de/publikationen/item/zur-arbeit-mit-bildungs-benachteiligten-jugendlichen-ein-wegweiser-fuer-multiplikatorinnen-und-multiplikatoren>
- 4 vgl. www.arbeitundleben.de/projekte
- 5 weitere Informationen, siehe: www.bap-politischebildung.de

Literatur

- Bremer, H./Trumann, J. (2013): Politische Erwachsenenbildung in politischen Zeiten. In: Der pädagogische Blick, 21. Jg., Heft 4, S. 211-222.
- Decker, Frank (2015): AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 40, S. 27-32.
- Hufer, Klaus-Peter (2016): Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin. Bielefeld.
- Landeszentrale für politische Bildung (1988): Streitfall Deutsche Geschichte. Gesellschafts- und Gegenwartsbewusstsein in den 80er Jahren, Essen.
- Mommsen, Hans (1974): Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus. In: Ders. (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Frankfurt/M.
- Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin.
- Rosa, Hartmut.(2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin.
- Walter, Franz u.a. (Hrsg.) (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg.
- Weißeno, Gero u.a. (2010): Konzepte der Politik. Ein Kompetenzmodell. Schwalbach/Ts.

Irina Bohn

Lokales Klima der Bedrohung von engagierten Akteuren gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit

Am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie

Mit den Partnerschaften für Demokratie fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit dem Jahr 2015 im Rahmen des Programms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ die Entwicklung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Die Partnerschaften für Demokratie tragen zur zielgerichteten Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteur*innen für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit bei und unterstützen die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens unter aktiver Beteiligung der Bürger*innen. In jüngster Zeit werden die engagierten Akteure immer häufiger Opfer von Anfeindungen und Bedrohungen.